

[View this email in your browser](#)



Liebe Lipperinnen und Lipper, liebe Leserinnen und Leser,

eine ereignisreiche "Veteranenwoche" geht zu Ende, geprägt von intensiven Diskussionen, dem ersten deutschen Veteranenkongress und einem historischen interfraktionellen Fachgespräch. Beim Veteranenkongress konnten meine Kollegen und ich direkte Fragen und Anregungen aufgreifen und sehen, dass der Bedarf an Dialog ungebrochen ist. Die Union setzt sich gemeinsam mit den anderen Koalitionsfraktionen für eine umfassende Veteranenversorgung ein, um den Veteranentag als nationalen Erfolg zu etablieren und die deutsche Veteranenpolitik weiterzuentwickeln.

Historisch kann man auch die Abstimmung des umstrittenen Gesetzes von Bundesgesundheitsminister Lauterbach zur Cannabislegalisierung bezeichnen. Ich und meine Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind entschieden dagegen. Selbst in den Reihen der Ampel regt sich offen Protest. Man wird weder den Schwarzmarkt austrocknen, noch Kinder und Jugendliche davon abhalten, Cannabis zu konsumieren. Im Gegenteil das Gesetz öffnet Tür und Tor für erhöhten Drogenkonsum in einer vulnerablen Altersgruppe, die mit schwerwiegenden lebenslangen Folgeschäden rechnen muss.

Am 24.2. jährt sich der zweite Jahrestag des Angriffs Russlands auf die Ukraine und in dieser Woche haben wir dazu auch noch einmal debattiert, denn die Ukraine braucht unsere volle Unterstützung, um den Aggressor zu verdrängen, den Krieg zu gewinnen und damit auch unsere freiheitlich demokratische Ordnung zu verteidigen. Dazu ist es unbedingt notwendig, die Ukraine auch militärisch entsprechend auszustatten. Dass dafür das TAURUS System unverzichtbar ist, will

die Ampel leider nicht begreifen.

Aber auch wirtschaftspolitisch rutschen wir weiter in eine historische Krise hinein. Die Aussichten sind düster und das leider nach Prognosen auch längerfristig. Es braucht dringend ein Sofortprogramm seitens der Regierung. Um dieser auf die Sprünge zu helfen, haben wir einen entsprechenden Antrag mit klaren Maßnahmen vorgelegt. Liebe Ampel: ihr müsst nur abschreiben. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Mit nachdenklichen Grüßen

Kerstin Vieregge



VERTEIDIGUNGS- UND SICHERHEITSPOLITIK

Veteranenpolitik

Eine ereignisreiche Woche, die man getrost als "Veteranenwoche" bezeichnen könnte, geht zu Ende. Sie war geprägt von intensiven Diskussionen, dem ersten deutschen Veteranenkongress und einem historischen interfraktionellen Fachgespräch.

Am Dienstag starteten wir mit einem Fachgespräch, das schnell in den zweitägigen Veteranenkongress des Deutschen Bundeswehrverbandes überging. Als Berichterstatter hatten wir die Chance, direkt auf die Fragen und Anregungen der Teilnehmenden einzugehen. Mein Fazit: Der Bedarf an Dialog ist ungebrochen, doch wir machen Fortschritte. Gemeinsam mit Johannes Art, Merle Spellerberg und Christian Sauter nehmen wir uns parteiübergreifend den Herausforderungen in der Veteranenversorgung an. Unser Ziel ist es, den Veteranentag zu einem nationalen Erfolg zu machen und ihn als Meilenstein für die Weiterentwicklung der deutschen Veteranenpolitik zu etablieren.

Unser Dank gilt allen, die ihre Geschichten geteilt und sich engagiert haben. Eure Beiträge sind unverzichtbar für den Fortschritt unserer gemeinsamen Anliegen. Das

Fachgespräch mit etwa 200 Teilnehmenden bildete einen ersten Schritt hin zu einer neuen Ära der Veteranenpolitik in Deutschland. Die Diskussionen waren nicht nur ein Forum für Austausch, sondern auch ein Zeichen für das wachsende Bewusstsein und die Anerkennung der Leistungen unserer Veteranen.

Diese Woche war nicht nur ein Rückblick auf das Erreichte, sondern auch ein Ausblick auf das, was noch vor uns liegt. Sie hat gezeigt, dass wir gemeinsam viel bewegen können. Auf dem Weg zu einer umfassenden Veteranenpolitik haben wir bereits wichtige Schritte gemacht, doch unsere Arbeit ist noch nicht getan. Nächster Schritt: die Einbringung des fraktionsübergreifend erarbeiteten Veteranenantrag.

Für eine echte Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Die Zeit drängt. Die Bedrohungslage erfordert jetzt entschlossenes Handeln der Bundesregierung, national und in Europa. Noch zwei weitere Jahre Zeitenwende in Zeitlupe kann sich unsere Sicherheit nicht leisten. Deutschland muss verlässlich seinen sicherheitspolitischen Beitrag im europäischen und transatlantischen Bündnis leisten. In Europa muss Deutschland endlich gemeinsam mit Frankreich und Polen im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ Verantwortung übernehmen.

[Zum Leitantrag...](#)



WIRTSCHAFTSWENDE JETZT - MIT EINEM SOFORTPROGRAMM!

Deutschland braucht jetzt eine Wirtschaftswende. Wir sind ein starkes Land mit viel ökonomischer Substanz, tatkräftigen Arbeitnehmern und innovativen Unternehmen. Zur Entfaltung dieser Stärke muss die Bundesregierung die Rahmenbedingungen des Standorts Deutschland deutlich verbessern. Der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz MdB und der Erste Stellvertretende Vorsitzende Alexander Dobrindt MdB haben den Bundeskanzler in einem Brief aufgefordert, neben mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Stärkung der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen

Wirtschaft jetzt ein Paket aus Sofortmaßnahmen auf den Weg zu bringen, um den Standort Deutschland zu sichern und zu stärken. Diese Vorschläge stellen wir mit einem Antrag zur Abstimmung im Bundestag und fordern die Koalitionsfraktionen dazu auf, sich diesem anzuschließen. Unser Sofortprogramm umfasst 12 Punkte, darunter die steuerliche Begünstigung von Überstunden für Vollzeitbeschäftigte; die Einführung von strengeren Sanktionen für Bürgergeldbezieher, wenn die Arbeitsaufnahme verweigert wird; die vollständige Rücknahme der von der Bundesregierung geplanten Steuererhöhung für Landwirte; sowie die dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum (0,05 Cent/kWh) und die Halbierung der Netzentgelte.

[Mehr dazu...](#)



ENTSCHIEDEN GEGEN DIE LEGALISIERUNG VON CANNABIS

Cannabis soll künftig nicht mehr zu den verbotenen Substanzen nach dem Betäubungsmittelgesetz gehören, Besitz und Konsum bleiben unter bestimmten Bedingungen straffrei.

Die geplante Cannabislegalisierung ist gesundheitspolitisch fatal und im höchsten Maße verantwortungslos. Mit dieser Einschätzung sind wir auf der Seite des überragenden Teils der Fachwelt. Unter anderem haben sich die führenden Verbände der Kinder- und Jugendmediziner, der Kinder- und Jugendpsychiater, die Bundesärztekammer, die Gewerkschaft der Polizei, der Bund Deutscher Kriminalbeamten, der Berufsverband der Lehrkräfte und Pädagogen sowie viele weitere Verbände mit dem eindringlichen Appell „Aus Verantwortung zu unserem Land - die geplante Cannabislegalisierung stoppen“ gegen das Gesetz ausgesprochen. Auch die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder lehnt die geplante Cannabislegalisierung einhellig und eindrücklich ab.

Die Gründe für die Ablehnung der geplanten Cannabislegalisierung sind vielfältig: Sie reichen von erheblichen Gesundheitsrisiken – insbesondere für die Entwicklung Jugendlicher und junger Erwachsener – über völlig irrealen Hoffnungen der

Befürworter, den Schwarzmarkt austrocknen zu können. Hinzu kommen viele offene Fragen über Folgewirkungen eines legalen Cannabiskonsums im Straßenverkehr oder am Arbeitsplatz. Der Drogenpolitik der Ampel begegnen wir mit einer klaren Antwort: Nicht mit unseren Kindern!

[Mehr dazu...](#)



MENSCHENUNWÜRDIGE ZUSTÄNDE IN DER PROSTITUTION BEENDEN

Mit unserem Antrag fordern wir einen Paradigmenwechsel in der nationalen Prostitutionsgesetzgebung. Dazu soll ein Drei-Säulen-Modell – angelehnt an das sogenannte Nordische Modell – in Deutschland eingeführt werden. Zentrale Säulen dieses Modells sind: Der Ausbau von Präventions- und Ausstiegsangeboten, die Einführung einer Strafbarkeit für den Kauf sexueller Dienstleistungen, sowie die Stärkung der Durchsetzungsautorität der Verwaltungs- und Vollzugsorgane. Die Strukturen des Prostitutionsmilieus sind bis auf wenige Ausnahmen selbstbestimmter Prostituiertes zutiefst menschen- und frauenverachtend. Der überwiegende Mehrheitsanteil der Prostituierten ist Teil der unfreiwilligen Armut- und Elendsprostitution und damit täglich sexueller Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch schutzlos ausgeliefert. Dies betrifft insbesondere Frauen, die laut Schätzungen über 90 % der von Sexkauf betroffenen Personen ausmachen. Aktuelle Zahlen und Berichte von Experten und Betroffenen belegen, dass weder das Prostituiertengesetz noch das Prostituiertenschutzgesetz das Ziel, die Lebensumstände für die Betroffenen zu verbessern, erreicht hat. Der Versuch, die Prostitution als einen normalen Beruf zu etablieren, ist selbst unter Einbindung weitreichender Verwaltungs- und Strafvorschriften gescheitert. Unter den aktuellen Umständen kann der Staat seine Schutzpflicht gegenüber den Betroffenen nicht hinreichend gewährleisten. Angesichts der gravierenden Missstände braucht es einen neuen Ansatz. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, jetzt zu handeln

und einen Paradigmenwechsel in der Prostitutionsgesetzgebung einzuleiten.

[Mehr dazu...](#)



ARBEITSZEIT FLEXIBILISIEREN

Die zunehmende Digitalisierung und veränderte Arbeitswelt haben die Nachfrage nach flexiblen Arbeitszeiten deutlich gesteigert, insbesondere während der Corona-Pandemie. Trotz des festgelegten Acht-Stunden-Tags im deutschen Arbeitszeitgesetz wünschen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber mehr Flexibilität, wie sie bereits in anderen europäischen Ländern praktiziert wird. Die Ampel-Regierungskoalition hatte im Koalitionsvertrag flexiblere Arbeitszeitregelungen versprochen, jedoch bisher keinen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, was zu Frustration führt. Es ist an der Zeit, den Wünschen nachzukommen, indem die Möglichkeiten des EU-Rechts genutzt werden, ohne dabei den hohen deutschen Arbeitsschutzstandard zu beeinträchtigen.

[Mehr dazu in unserem Antrag...](#)



FÜR EINEN PRAGMATISCHEN, INNOVATIONSFREUNDLICHEN RECHTSRAHMEN FÜR FUSIONSKRAFTWERKE

Die öffentliche Debatte um die Energieversorgung der Zukunft ist seit geraumer Zeit geprägt vom *Ausschließen* von Energiequellen. Wer aussteigt, muss jedoch auch kraftvoll in Neues einsteigen können. Als Hochtechnologiestandort ist Deutschland auf eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen angewiesen. Die Fusionsenergie kann mittel- und langfristig zu einem Gamechanger werden. Die Bundesrepublik Deutschland betreibt seit Jahrzehnten intensive Grundlagenforschung im Bereich der Plasmaphysik und Fusion. Zuletzt haben die rasanten internationalen wissenschaftlichen Fortschritte u.a. dazu geführt, dass mehrere kommerzielle Unternehmen auch in Deutschland gegründet wurden, sowohl auf der Seite der laserinduzierten Trägheitsfusion als auch auf der Seite der magnetbasierten Verfahren. Die Finanzierung von Fusionstechnologie durch private Investoren zeigt die nächste Stufe auf dem Weg zu kommerziellen Kraftwerken, da diese Investoren bereits Erträge aus dieser Technologie erwarten. Durch die Arbeitsweise von Startups wird die Entwicklung zudem beschleunigt - wie es in anderen Technologiefeldern bereits zu sehen war. Damit rückt die Nutzbarmachung von Fusionsenergie näher, wenngleich noch immer ein erheblicher Forschungs- und Entwicklungsaufwand besteht. Die Bundesregierung muss diese Chance nutzen und eine Strategie für die Nutzbarmachung von Fusionsenergie in Deutschland auf international wettbewerbsfähigem Niveau erarbeiten. Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Fusionsenergie.

[Mehr dazu...](#)

MELDUNGEN AUS UND FÜR LIPPE



NEUJAHRSEMPFANG DER CDU EXTERTAL

Beim Neujahrsempfang der CDU Extertal hatte ich nicht nur die Freude, viele bekannte Gesichter zu sehen, sondern auch die Ehre, die Veranstaltung mit einem Grußwort zu eröffnen. Mein Dank gilt allen Anwesenden für ihre Teilnahme und insbesondere unserem Ehrengast sowie meinem geschätzten Kollegen, Paul Ziemiak, für seine Rede. Ich teile seine Ansicht voll und ganz: Ein gesellschaftliches Umdenken ist erforderlich. Wir müssen die Initiative ergreifen und mit demselben Einsatz wie unsere Eltern und Großeltern ans Werk gehen! Das Mantra muss lauten: Anpacken wie früher! Zudem müssen wir als Gesellschaft, die Lebensleistung vorangegangener Generationen anerkennen – wertschätzen – und verstärkt in den Mittelpunkt stellen.



ES IST ZEIT, DEN BÜROKRATIE-BURNOUT ZU BEENDEN!

Was Kreishandwerksmeister Mickel Biere fordert, ist absolut berechtigt. Das belegen die vielen, sehr konkreten Beispiele überbordender Bürokratie, die uns die Innungsmeister der Kreishandwerkerschaft Paderborn - Lippe lieferten. Im Gespräch wurde klar, dass diese lähmende Bürokratie sich mittlerweile auch zur emotionalen Belastung für die Handwerker ausweitet.

Die wertvollen Erkenntnisse aus dem Treffen werden den dringend erforderlichen "Neustaat" beflügeln, den wir für unser Land brauchen. CDU-Bezirkschef Ralph Brinkhaus hat das Thema ganz oben auf die Agenda gesetzt. In der CDU OWL werden wir es vorantreiben bis zu einer Gesetzesinitiative, die unsere Region zu einem Reallabor im Bereich "Moderner Staat" machen soll.

Unser Staat muss einfacher, agiler, digitaler, krisenfester werden mit wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen für Handwerk und Industrie! Wir packen das gemeinsam an.

Auch ihr seid aufgerufen, eure konkreten Ideen und konstruktiven Vorschläge für den Bürokratieabbau einzubringen. Schickt sie per Mail an kerstin.vieregge@bundestag.de.



GEGEN GEWALT, ABER NICHT GEGEN VERGEWALTIGUNG?

Die EU hat eine einheitliche Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt beschlossen. Das ist gut und enorm wichtig, denn damit werden Straftaten wie Cybergewalt, weibliche Genitalverstümmelung oder Zwangsehen in allen EU-Staaten erstmals gleich geregelt.

Das Thema Vergewaltigung allerdings wurde ausgeklammert! Die Bundesregierung blockierte den entsprechenden Artikel!

Das Signal, das von dieser Blockade ausgeht, ist verheerend! Vergewaltigung zählt zu den härtesten Formen von Gewalt gegen Frauen. Schutz davor ist bitter nötig! Er muss gewährleistet und darf nicht verhindert werden – für jede Frau in jedem Land!



BESUCH BEIM DEHOGA LIPPE

Sie arbeiten, wenn wir den Feierabend genießen, sie machen unsere Region gastlich und zaubern uns eine Auszeit vom Alltag: Die Gastwirte, Hoteliers und Schausteller im Kreis Lippe und in OWL. Doch bürokratische Pflichten, realitätsferne Arbeitszeitregelungen, Personalknappheit sind inzwischen extrem belastend und viele Betriebe kämpfen hart unter denkbar ungünstigsten Wirtschaftsbedingungen. Sie wollen und brauchen endlich Flexibilität, Entscheidungsfreiräume und vor allem Vertrauen.

Mit meinem Kollegen Thorsten Frei, dem parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bin ich den lippischen Vertretern der Branche dankbar für das offene Gespräch, das wir auf Einladung des Dehoga Lippe führen konnten. Wir nehmen die konkreten Kritikpunkte mit und sehen unsere von Friedrich Merz schriftlich an Bundeskanzler Olaf Scholz übermittelten Forderungen zur wirtschaftlichen Stärkung Deutschlands bestätigt. Eine davon ist die Einführung der

Wochen- statt der begrenzten Tagesarbeitszeit. Auch neue Bürokratie soll bis 2025 ausgeschlossen sein.

Speziell für die Gastronomie muss die Mehrwertsteuer zurück auf 7%. Der aktuelle Anstieg auf 19% beendet nicht etwa eine staatliche Wohltat, er ist schlicht eine Steuererhöhung. Doch Deutschland braucht keine Steuererhöhungen, sondern wirksame Wachstumsimpulse. Allein ein Wirtschaftswachstum auf dem Durchschnittsniveau der Eurozonen-Länder würde Deutschland Mehreinnahmen von 20 Milliarden Euro bescheren. Es ist endlich Zeit zu handeln!



LICHTKOMPETENZ AUS LIPPE

Christoph Grauting, Chef der multisenses GmbH in Lage, sorgt für WOW-Effekte. In meinem Wahlkreis, auf Kreuzfahrt -Schiffen und rund um die Welt rückt er die Dinge mit seinem Team ins rechte Licht – von multimedialen Wasser-, Laser-, Feuershows bis zur atmosphärischen Ausstrahlung privater und öffentlicher Gebäude. Dass sich Innovationsfreude, Know-how und Kreativität aus Lippe hier und international so erfolgreich durchsetzen, begeistert mich. Und offenbar auch junge Menschen: fünf der 31 Mitarbeiter sind Auszubildende!

Seit letzter Woche ist ihr Chef auch Chef der Wirtschaftsjuvenen Lippe e.V. Die Herausforderungen für den Führungsnachwuchs sind riesig. Ich wünsche viel Erfolg und eine starke Stimme!



KAFFEEGENUSS AUS LIPPE

Es braucht viel handwerkliches Können, lange Erfahrung und eine ordentliche Portion Leidenschaft, um sich auf dem turbulenten Weltkaffeemarkt erfolgreich zu behaupten. Christian Cramer hat all dies in seine Joliente-Kaffeerösterei eingebracht. Unbeeindruckt von den Riesen des Marktes bietet er seinen Kunden (neben Gastronomie, Bäckereien, Industrie auch Privathaushalte) von Detmold aus ganz individuellen Rundum-Service für den feinen Kaffeegenuss. Die Rohware sucht er persönlich in den Anbaugebieten aus. Sämtliche Produktionsschritte sind zertifiziert. Einen Preis von 7€ pro Pfund Kaffee hält der Joliente-Chef in Deutschland für nötig, um den Bauern vor Ort ein angemessenes Auskommen zu sichern. Und Investitionen in Bildung sind ihm wichtig; mit Erlösen aus dem Joliente-Good-Hope-Kaffee unterstützt er ein Waisenhaus in Tansania.

Herzstücke von Joliente sind die eigenen Kaffeeröstungen, die in der Filiale in Rieste im Trommelröster ihre Aromavielfalt ausbilden. Der Chef empfiehlt übrigens, Kaffee in der Tüte aufzubewahren und diese mit einem großen Kunststoffclip luftdicht zu verschließen. Keine Dose, nicht in den Kühlschrank! Wieder was gelernt 😊 Danke für das erkenntnisreiche Gespräch und den sehr guten Kaffee – der auch an private Kunden verkauft wird.



Immer informiert mit Vieregge.

Herzlich Willkommen zu meinem Newsletter.

Mein Name ist **Kerstin Vieregge** und ich vertrete den Wahlkreis 135 und die Region Lippe in Berlin als erfahrene Bundestagsabgeordnete.

Gerne biete ich Ihnen mehr Informationen über mich, meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis sowie über die gesamte Region Lippe an.



Teilen



Weiterleiten



Copyright © 2024 Kerstin Vieregge MdB, All rights reserved.

Datenschutzhinweis:

<http://www.kerstin-vieregge.de/datenschutz>

Sie möchten Ihre Daten ändern zum Newsletterversand?

Sie können Ihre persönlichen Daten ändern oder sich vom Newsletter abmelden.

